



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	202
Haftung des Steuerberaters	203
– Unrichtige Unternehmensform	
– Belehrungspflicht über Fehler in den eigenen Arbeiten und den Lauf der Verjährungsfrist	
– Beratung durch einen neuen StB (OLG Celle Ur.t.v.19.4.1989 – 3 U 157/88)	
Haftung des Notars	207
– Veräußerung eines noch zu vermessenden Grundstücks	
– Bestimmtheitserfordernis	
– Verjährung von Schadenersatzansprüchen gemäß §§19 Abs.1 Satz 3 BNotO, 852 Abs. 1 BGB (OLG Celle Ur.t.v.5.7.1989 – 3 U 229/88)	
Haftung des Steuerberaters	216
– Verjährung von Schadenersatzansprüchen § 68 StBerG	
– Verjährungsbeginn: Schlußbesprechung	
– Einwand unzulässiger Rechtsausübung (OLG Celle Ur.t.v.25.10.1989 – 3 U 301/88)	
Auskunftsvertrag	218
– Verjährung, § 638 BGB	
– Mangelfolgeschaden (LG Köln Ur.t.v.16.2.1989 – 2 O 213/88)	
GI Hinweis	219

GI Leitsätze

Haftung des Steuerberaters /

Verjährung des Regreßanspruches, § 68 StBerG / Verjährungsbeginn

Entgeht dem Mandanten wegen fehlerhafter Beratung im Zusammenhang mit dem Abschluß eines notariellen Kaufvertrages eine Investitionszulage, so beginnt die dreijährige Verjährungsfrist für den Regreßanspruch am Tage des Abschlusses des Notarvertrages.

(LG Münster Ur.t.v. 4.1.1989 – 7 O 526/88)

Frist zur Erstellung des Jahresabschlusses, § 264 HGB

Auch kleine Kapitalgesellschaften i. S. des § 264 HGB müssen den Jahresabschluß nach Möglichkeit innerhalb drei Monaten aufstellen. Die Frist kann nicht durch die Satzung generell auf sechs Monate verlängert werden.

(BayObLG, Beschl.v. 5.3.1987 – 3 Z 29/87; AG 1988, 18)

Einkünfte des Mitarbeiters eines Lohnsteuerhilfevereins

Ein für einen Lohnsteuerhilfeverein im freien Mitarbeiterverhältnis tätiger Beratungsstellenleiter (§ 23 Abs. 3 StBerG) erzielt keine Einkünfte aus selbständiger Arbeit im Sinne des § 18 Abs. 1 EStG.

(BFH Ur.t.v. 10.12.1987 – IV R 176/85, STEUER-TELEX 0915 = LEXinform 0081249)

Korrektur einer fehlerhaften AfA (§ 7 Abs. 4 EStG)

Hat der Steuerpflichtige einen unzutreffenden Vomhundertsatz gewählt, so ist der Bilanzansatz in den davon betroffenen Schlußbilanzen zu berichtigen. Eine Fehlerberichtigung ist jedoch dann nicht geboten, wenn sich der Fehler in den folgenden Jahren durch Ansatz des zutreffenden AfA-Satzes von selbst aufhebt. Dies hat der BFH für den Fall entschieden, daß der Steuerpflichtige eine zu geringe AfA angesetzt hatte und diese in einem Jahr erfolgswirksam nachgeholt werden sollte. Das gleiche gilt für den Fall der Inanspruchnahme einer zu hohen AfA, denn auch insoweit gleicht sich der Fehler durch den Ausfall von AfA im Wege höherer Gewinnrealisierung in den Folgejahren aus.

(BFH Ur.t.v. 11.12.1987 – III R 266/83, STEUER-TELEX 1111 = LEXinform 0081293)

Haftung des Steuerberaters

- Unrichtige Unternehmensform
 - Belehrungspflicht über Fehler in den eigenen Arbeiten und den Lauf der Verjährungsfrist
 - Beratung durch einen neuen StB
- (OLG Celle Urt. v. 19. 4. 1989 – 3 U 157/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Behauptet der Mandant über die richtige Unternehmensform fehlerhaft beraten worden zu sein, muß er alle wirtschaftlich faßbaren Vor- und Nachteile darlegen.
2. Die Verjährung von Schadenersatzansprüchen gem. § 68 StBerG beginnt mit „Beratungsvollzug“ durch den Mandanten, d. h. sobald in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht neue Sachverhalte geschaffen wurden. Hier: unrichtige Gesellschaftsform mit Wirksamwerden der Gesellschaft.
3. Belehrungspflicht des StB über Fehler in den eigenen Arbeiten und den Lauf der Verjährungsfrist entfällt, sobald der Mandant von einem neuen StB beraten wird.

Aus den Gründen:

Soweit sich der Kläger vorsorglich auf die abgetretenen Ansprüche S. stützt, ist seine Klage wegen unzureichender Darlegungen zu den angeblich durch die Gründung der GmbH & Co. KG eingetretenen wirtschaftlichen Nachteilen und allemal wegen Verjährung unbegründet.

1. Da die Gründung einer GmbH & Co. KG bekanntermaßen mit komplexen wirtschaftlichen und steuerlichen Folgen verbunden ist, und zwar teils vorteilhaften und teils nachteiligen, kann eine Regreßklage wegen angeblich fehlerhafter Beratung über die richtige Unternehmensform nicht allein damit begründet werden, die empfohlene und dann auch gewählte Unternehmensform habe diesen oder jenen Nachteil zur Folge gehabt. Vielmehr gehört es zur **schlüssigen Klagebegründung** und ist nicht – wie es der Kläger meint – ein Problem des rechtmäßigen Alternativverhaltens oder der Vorteilsausgleichung, daß der Regreßkläger im einzelnen **sämtliche wirtschaftlich faßbaren Auswirkungen der angeblich fehlerhaft gewählten Unternehmensform darlegt, also sowohl der Vor- als auch Nachteile**. Nur wenn dann per **Saldo** die Nachteile die Vorteile überwiegen, kann die Beratungsleistung des für die realisierte Unternehmens-Rechtsform verantwort-

lichen Beraters möglicherweise pflichtwidrig und schadenverursachend gewesen sein.

Den vorgenannten Anforderungen ist das Vorbringen des Klägers zu keinem Zeitpunkt gerecht geworden. Er hat sich von Anfang an darauf beschränkt, die angeblich fehlerhafte Beratungsleistung des Beklagten mit einzelnen finanziellen Nachteilen zu begründen; über die mit der GmbH & Co. KG zweifellos auch verbundenen Vorteile, die der Beklagte u.a. in seinen Schriftsätzen vom 12.1. und 7.4.1989 teilweise dargestellt hat, macht der Kläger indessen keine nachvollziehbaren und umfassenden Angaben. Insgesamt ist sein Vorbringen deshalb unsubstantiiert und damit unschlüssig.

2. Unabhängig davon, daß ein ersatzpflichtiges Beratungsverschulden des Beklagten schon nicht ausreichend dargetan ist, wären etwaige Ansprüche S. gegen den Beklagten auch verjährt.

Gemäß § 68 StBerG verjähren Ersatzansprüche gegen Steuerberater regelmäßig „in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist“, und zwar unabhängig davon, ob und wann der Ersatzberechtigte vom Schaden und/oder dem Schädiger Kenntnis erlangt (BGH NJW 79, 1550; BGH GI 8/82 = ZIP 1982, 451 m. Anm. Gräfe NJW 82, 1285, 1286). Maßgebend ist also für die Verjährung allein die Frage, wann der regreßweise geltend gemachte Schaden im Sinne des § 198 BGB objektiv entstanden ist. Entstanden ist danach ein Schaden stets dann, wenn sich die Vermögenslage des Geschädigten infolge des schädigenden Ereignisses verschlechtert hat und der Geschädigte in der Lage ist, seinen Anspruch wenigstens im Wege einer Feststellungsklage gerichtlich geltend zu machen (vgl. BGH a.a.O.). Wird – wie hier im vorliegenden Falle – geltend gemacht, daß ein Steuerberater zu Unrecht eine bestimmte Betriebs- oder Vertragsgestaltung als steuerlich günstig bezeichnet hat, so **beginnt die Verjährung** von daraus folgenden Schadenersatzansprüchen **in dem Augenblick, von dem ab der Mandant entsprechend dem Rat des Steuerberaters gehandelt und dadurch seine Vermögenslage verschlechtert hat, also mit anderen Worten, sobald in Vollzug der Beratung in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht neue Sachverhalte geschaffen sind** (vgl. Späth in Bonner Handbuch der Steuerberatung, § 68, Rdn. B 1006 und B 1012.1 mit Rechtsprechungsnachweisen; Gräfe/Suhr, die Haftung des Steuerberaters, Seite 108; Gehre, Steuerberatungsgesetz, § 68, Rdn. 9; BGB-RGRK-Johannsen, § 198, Rdn. 14; Soergel-Siebert, BGB, § 198, Rdn. 24; Messmer DStR 1976, 295; OLG Karlsruhe StB 1977, 257). Dabei ist zu beachten, daß im Verjährungsrecht der Grundsatz der Einheitlichkeit des Anspruches gilt und deshalb der aus einer zum Regreß verpflichtenden Handlung erwach-

sende Schaden ein einheitlicher ist und nicht etwa die Summe verschiedener Einzelschäden, für die jeweils gesonderte Verjährungsfristen gelten. Die Verjährung des gesamten Schadens beginnt also mit der Verwirklichung des haftungsbegründenden Tatbestandes, also entsprechend den obigen Darlegungen bereits dann, sobald sich die Vermögenslage des Anspruchstellers objektiv verschlechtert hat (vgl. Späth, a.a.O., Rdn. B1006 m.w.N.). Auf den Zeitpunkt, zu dem die den Gesamtschaden ausfüllenden Einzelschäden entstanden sind, kommt es also für die Verjährungsproblematik nicht an.

Danach begann hier die Verjährung zu dem Zeitpunkt, als entsprechend dem Rat des Beklagten die GmbH & Co. KG gegründet und ins Handelsregister eingetragen wurde, also spätestens am 29.6.1983. Soweit der Kläger demgegenüber unter Hinweis auf die oben bereits genannte Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 22.2.1979 (NJW 79, 1530 = BGHZ 73, 363) sowie auf weitere gleichartige Entscheidungen des Bundesgerichtshofs die Auffassung vertritt, daß hier die Verjährung erst frühestens mit der Bestandskraft der Gewerbesteuermeßbescheide von Ende 1985 und Anfang 1986 begonnen habe, kann ihm nicht gefolgt werden. Im vorliegenden Falle geht es – andere als in der zitierten BGH-Entscheidung – nicht um irgendwelche Fehler des Beklagten, die möglicherweise zu einer falschen und erst später offenbar gewordenen Steuerfestsetzung geführt haben; die Grundsteuermeßbescheide sind als solche unstreitig in Ordnung. Vorgeworfen wird dem Beklagten vielmehr, eine sich steuerlich ungünstig auswirkende Gesellschaftsform empfohlen zu haben. **Allein im Wirksamwerden der (angeblich) ungünstigen Gesellschaftsform liegt aber bereits der Schaden. Bereits damit ist der haftungsbegründende Tatbestand abgeschlossen.** Der falsch Beratene ist bereits in dem Augenblick in einer Schadenersatzansprüche auslösenden Weise geschädigt, in dem er aufgrund des falschen Rates die steuerschädliche Gesellschaftsform wählt und nunmehr den zwangsläufig daraus folgenden negativen steuerlichen Konsequenzen nicht mehr entinnen kann. Bemerkt er schon unmittelbar nach dem Wirksamwerden der neuen Gesellschaftsform deren Steuerschädlichkeit, so kann er ohne weiteres und noch vor dem Erlaß irgendwelcher Steuerbescheide sogleich Feststellungs- und/oder Freistellungsklage gegen seinen Steuerberater, der ihn falsch beraten hat, erheben. Ist das aber richtig, so muß zum gleichen Zeitpunkt, also mit dem Wirksamwerden der neuen Gesellschaftsform, auch der Lauf der Verjährungsfrist für etwaige Regreßansprüche gegen den Steuerberater beginnen. Soweit dann in der Folgezeit nachteilige Steuerbescheide ergehen und/oder weitere finanziell nachteilige Folgen der neuen Gesellschaftsform eintreten, handelt es sich um den bereits eingetretenen Schaden ausfüllende Einzelschäden, die für den Lauf der Verjährungsfrist ohne Bedeutung sind.

3. Die spätestens am 29.6.1983 begonnene und regulär am 29.6.1986 abgelaufene Verjährungsfrist läßt sich auch nicht mit der Begründung verlängern, der Beklagte habe es während der laufenden Verjährungsfrist pflichtwidrig unterlassen, den Rechtsvorgänger des Klägers, also den Zeugen S., auf etwaige Schadenersatzansprüche und die dafür geltende dreijährige Verjährung hinzuweisen. Eine solche **Belehrungspflichtverletzung** setzt stets voraus, daß der Mandant vor Ablauf der Verjährungsfrist überhaupt **belehrungsbedürftig** gewesen ist (BGH NJW 82, 1982). Das war hier jedoch nicht der Fall.

Bereits durch den Feststellungsbescheid vom Mai 1985 (Bl. 97 GA) sowie die nachfolgenden Gewerbesteuermeßbescheide vom Juli 1985, Dezember 1985 und Januar 1986 war für S. klar ersichtlich, daß und wie sich die Umwandlung seines Unternehmens in eine GmbH & Co. KG gewerbesteuerrechtlich ausgewirkt hatte. Schon am 10.2.1986 wurde deshalb das Ausscheiden der GmbH aus der KG im Handelsregister eingetragen, nachdem bereits im Oktober 1985 der Gesellschaftszweck und die Firma der GmbH entsprechend geändert worden waren und S. sich eine notarielle Vollmacht hatte erteilen lassen, um die GmbH aus der KG herauszulösen und die KG selbst per 31.12.1985 zu beenden (vgl. dazu die Beikanten HRB 1320 AG N.).

Unstreitig wurde S. bereits 1985, also lange vor Ablauf der Verjährungsfrist für die gegen den Beklagten gerichteten Ersatzansprüche, **von einem neuen Steuerberater steuerlich beraten, was ebenso wie die Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe genügen muß, eine Belehrungspflicht des alten Steuerberaters über etwaige gegen ihn zu richtende Regreßansprüche und deren Verjährung entfallen zu lassen** (ebenso OLG Hamm v. 31.10.1984 im Bonner Handbuch, Rdn. R 822.31.; Späth in Bonner Handbuch, § 68 StBerG, Rdn. B 1033.13).

Insgesamt war S. deshalb bis zum Ablauf der Primärverjährung etwaiger Schadenersatzansprüche gegen den Beklagten am 29.6.1986 nicht mehr seitens des Beklagten belehrungsbedürftig, so daß eine Sekundärhaftung des Beklagten ausscheidet.

Anmerkung:

Das Urteil des OLG Celle befindet sich in Übereinstimmung mit den Urteilen OLG Hamm GI 10/85 = Steuerberatung 1986, 301, des OLG Frankfurt Steuerberatung 1988, 43 und des LG Hildesheim GI 1989, 130. Der BGH hat sich bisher nicht zu der Frage geäußert, ob die Beratung durch den StB der anwaltlichen Beratung hinsichtlich des Wegfalls der Belehrungspflicht über Fehler in den eigenen Arbeiten und den Lauf der Verjährungsfrist gleichzusetzen ist.

Haftung des Notars

- Veräußerung eines noch zu vermessenden Grundstücks
- Bestimmtheitserfordernis
- Verjährung von Schadenersatzansprüchen
gemäß §§ 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO, 852 Abs. 1 BGB
(OLG Celle Urt. v. 5.7.1989 – 3 U 229/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Eine noch zu vermessende Grundstücksfläche ist hinreichend bestimmbar, wenn der Vertrag in zulässiger Form ausdrücklich auf eine als Anlage angerichtete Skizze Bezug nimmt und sich daraus die Belegenheit des verkauften Grundstücks genau ermitteln läßt.
2. Die Verjährungsfrist für Schadenersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung des Notars beginnt mit der Kenntnis, daß ein Schaden durch die Amtspflichtverletzung entstanden ist. Der Umfang und die Höhe des Schadens sowie weitere Schadenfolgen müssen nicht bekannt sein.
3. Verjährungshemmung gemäß § 852 Abs. 2 BGB wegen schwebender Verhandlungen setzt voraus, daß der verpflichtete Notar Erklärungen abgibt, die den Geschädigten zu der Annahme berechtigen, er lasse sich auf Erörterungen über die Berechtigung von Schadenersatzansprüchen ein bzw. er werde im Sinne einer Befriedigung der Ansprüche Entgegenkommen zeigen.

Zum Sachverhalt:

Die Kläger nehmen den beklagten Notar auf Zahlung von 68.917,72 DM in Anspruch, weil er durch die Beurkundung eines inhaltlich unbestimmten und damit unwirksamen Kaufvertrages gegen seine Amtspflichten als Notar verstoßen habe.

Aus den Gründen:

Die Berufung ist unbegründet. Das Landgericht hat die Klage zu Recht abgewiesen. Eine Amtspflichtverletzung des Beklagten liegt nicht vor. Jedenfalls sind etwaige Schadenersatzansprüche der Kläger aus § 19 BNotO gemäß §§ 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO, 852 Abs. 1 BGB bereits verjährt gewesen, als die vorliegende Regreßklage am 27.11.1987 bei Gericht einging.

Eine schuldhafte Amtspflichtverletzung vermag der Senat nicht festzustellen. Die Auffassung des Landgerichts V. in den beiden Vorprozessen 4 O 86/83 und 4 O 35/85, der Beklagte habe in dem von ihm beurkundeten Kaufvertrag den Eheleuten B. verkauften und damals noch zu vermessenden Grundstücksteil nicht bestimmt genug gezeichnet und deshalb einen unwirksamen Vertrag beurkundet, trifft nicht zu. Richtig ist zwar, daß der Kaufvertrag als solcher **in seinem Textteil das verkaufte Grundstück lagemäßig nicht näher beschreibt**. Indessen nimmt der Vertrag in zulässiger Form ausdrücklich auf die ihm als **Anlage angeheftete Skizze Bezug. Diese läßt die Lage und Größe des verkauften Grundstücks aber ausreichend bestimmt erkennen**. Zwar enthält sie für das noch zu vermessende Grundstück keine Meter- und Zentimeterangaben.

Auf der Skizze, die offensichtlich auf einem katasteramtlichen Lageplan basiert und deshalb einen hohen Genauigkeitsgrad besitzt, findet sich aber der Hinweis: „Ungefäher Maßstab 1 zu 500“. Ausgehend von dieser Maßstabsangabe ließ sich die Belegenheit des verkauften Grundstücks durch die Benutzung eines Zentimetermaßes und die Umrechnung der abgelesenen Zentimeter nach dem Maßstab 1 zu 500 nahezu zentimeter- bzw. quadratzentimetergenau ermitteln. Der Bestimmtheitserfordernis war damit genügt, so daß eine Amtspflichtverletzung des Beklagten nicht in Betracht kommt.

Etwas anderes ergibt sich für den vorliegenden Regreßprozeß auch nicht daraus, daß dem Beklagten in dem Vorprozeß 4 O 35/85 (Rückforderungsprozeß der Eheleute B. gegen die Kläger) der Streit verkündet wurde. Abgesehen davon, daß nicht im einzelnen dargetan ist, ob diese Streitverkündung seitens der Kläger des vorliegenden Verfahrens ausgesprochen worden ist – eine ebenfalls denkbare Streitverkündung seitens der Eheleute B. käme den Klägern nicht zugute –, würde sich eine **Interventionswirkung** allenfalls darauf beschränken, daß der Kaufvertrag – entgegen den vorstehenden Erwägungen – für den hier zu entscheidenden Regreßprozeß als nichtig angesehen werden müßte. Eine ganz andere – und von der Interventionswirkung nicht erfaßte Frage – ist es indessen, ob diese Nichtigkeit auf einer schuldhaften Amtspflichtverletzung des Beklagten beruht. Diese Frage stellt sich im Verhältnis der Parteien erstmals hier im Regreßprozeß; sie ist vom Senat zu beantworten und keineswegs durch eine etwaige Interventionswirkung aus dem Vorprozeß vorgegeben. Aus den obigen Darlegungen folgt jedoch, daß dem Beklagten ein Beurkundungsfehler nicht anzulasten ist.

Folgt man der vorstehenden Auffassung nicht, so sind die – hier insoweit unterstellten – Ansprüche der Kläger jedenfalls gemäß §§ 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO, 852 Abs. 1 BGB verjährt.

Die dreijährige Verjährungsfrist für Schadenersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung eines Notars beginnt grundsätzlich, sobald der

Geschädigte vom Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt. Dabei genügt nach allgemeiner Auffassung ein solches Wissen über den Schaden und den Schädiger, das dem Geschädigten erlaubt, eine hinreichend aussichtsreiche – wenn auch nicht risikolose – Feststellungsklage gegen den Schädiger zu erheben. Der Umfang und die Höhe des Schadens sowie weitere etwaige Schadenfolgen brauchen also nicht bekannt zu sein, vielmehr genügt im allgemeinen die Kenntnis, daß überhaupt ein Schaden durch die Amtspflichtverletzung entstanden ist (vgl. BGH NJW 88, 1146; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 3. Aufl., Rdn. 1186). Soweit neben dem Notar auch noch ein Dritter als Ersatzpflichtiger in Betracht kommt, setzt der Verjährungsbeginn für etwaige Ansprüche gegen den Notar mit Rücksicht auf die Subsidiarität einer solchen Haftung zusätzlich die Kenntnis des Geschädigten vom Fehlen einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit voraus, wobei für diese Kenntnis das Wissen des Geschädigten genügt, daß die anderweitige Ersatzmöglichkeit seinen Schaden mindestens teilweise nicht deckt (BGH a.a.O.).

Im vorliegenden Falle begann danach die Verjährungsfrist zu dem Zeitpunkt zu laufen, als die Kläger durch das Urteil des Landgerichts V. vom 29.11.1983 davon Kenntnis erhielten, daß der von ihnen mit den Eheleuten B. geschlossene Vertrag nach Auffassung des Gerichts wegen fehlender Bestimmtheit unwirksam war. Das Urteil wurde ihren damaligen und auch heutigen Prozeßbevollmächtigten, dessen Wissen sie sich zurechnen lassen müssen, am 20.12.1983 zugestellt. Aus den Urteilsgründen konnten sie ohne weiteres ersehen, daß der Beklagte – jedenfalls nach Ansicht des damals zur Entscheidung berufenen Landgerichts – einen unwirksamen Vertrag beurkundet hatte. Daß Notare bei der Beurkundung eines Vertrages grundsätzlich gehalten sind, für inhaltlich ausreichend bestimmte Vertragserklärungen der Parteien zu sorgen, muß den anwaltlich beratenen Klägern ohne weiteres klar gewesen sein. Damit hatten sie bereits Ende 1983 ausreichende Anhaltspunkte für eine Amtspflichtverletzung des Beklagten. Auch war absehbar, daß daraus Schäden für sie erwachsen konnten, für die ein anderer Ersatzpflichtiger als der Beklagte von vornherein nicht in Frage kam. Ein greifbarer Schaden lag bereits bezifferbar darin, daß sie im Vertrauen auf die Wirksamkeit des Vertrages eine Kaufpreisklage gegen die Eheleute B. erhoben hatten und insoweit mit Prozeßkosten belastet waren. Klar war auch, daß der vertraglich geschuldete Kaufpreis von den Eheleuten B. nicht oder jedenfalls nicht mehr in voller Höhe zu erlangen war.

Richtig ist, daß die Kläger damals die volle Schadenentwicklung noch nicht absehen konnten; jedoch bedurfte es dessen nicht, um bereits nach Erhalt des landgerichtlichen Urteils vom 29.11.1983 eine hinreichend aussichtsreiche – wenn auch nicht risikolose – Feststellungsklage gegen den

Beklagten zu erheben. Die Möglichkeit zu einer solchen Klage – und damit der Verjährungsbeginn – hing auch nicht etwa davon ab, ob die Kläger die Entscheidung des Landgerichts V. rechtskräftig werden lassen wollten und/oder wann die Rechtskraft dieser Entscheidung objektiv eintrat (nämlich am 20.1.1984). Maßgebend ist gemäß § 852 Abs. 1 BGB allein der tatsächliche Kenntnisstand des Geschädigten, nicht dagegen der Zeitpunkt, zu dem er selbst bestimmte Prozeßentscheidungen trifft oder sich prozessuale Rechtsfolgen – hier die Rechtskraft des Urteils vom 29.11.1983 – objektiv einstellen.

Die somit am 20.12.1983 in Gang gesetzte dreijährige Verjährungsfrist endete planmäßig am 20.12.1986, also mehr als 11 Monate nach Erhebung der hier zu entscheidenden Regreßklage. Diese Frist ist weder unterbrochen noch in einem entscheidungserheblichen Umfang gehemmt worden.

Eine Verjährungsunterbrechung käme gemäß § 209 Abs. 1 Nr. 4 BGB allenfalls über die Streitverkündung in Betracht, die in dem Rückforderungsprozeß der Eheleute B. (4 O 35/85 LG V.) gegenüber dem Beklagten erfolgt ist. Abgesehen davon, daß – wie bereits oben erwähnt – nicht im einzelnen dargetan ist, ob diese Streitverkündung seitens der Kläger des vorliegenden Verfahrens ausgesprochen worden ist – eine ebenfalls denkbare Streitverkündung seitens der Eheleute B. käme den Klägern verjährungsrechtlich nicht zugute –, würde hier eine etwaige Verjährungsunterbrechung ohnehin gemäß § 215 Abs. 2 BGB nachträglich ihre Wirkung verloren haben. Nach der vorgenannten Vorschrift gilt die Unterbrechung der Verjährung durch die Vornahme einer Streitverkündung dann nicht als erfolgt, wenn nicht binnen 6 Monaten nach der Beendigung des Prozesses, in dem dem Dritten der Streit verkündet worden ist, Klage gegen ihn erhoben wird. Von einer solchen fristgerechten Klage kann hier indessen – wie der Kläger selbst in ihrer Berufungsbegründung klarstellen – nicht die Rede sein.

Auch eine Verjährungshemmung gemäß § 852 Abs. 2 BGB, auf die sich die Kläger allein berufen, läßt sich nicht feststellen, jedenfalls nicht in einem Umfang von mehr als 11 Monaten, der erforderlich wäre, um die im November 1987 erfolgte Erhebung der Regreßklage noch als rechtzeitig anzusehen.

Nach **§ 852 Abs. 2 BGB** ist die **Verjährung gehemmt**, wenn und solange zwischen dem Ersatzpflichtigen und dem Ersatzberechtigten Verhandlungen über den zu leistenden Schadenersatz schweben. Dabei ist der Begriff der Verhandlungen weit auszulegen. Es genügt jeder Meinungsaustausch über den Schadenfall zwischen dem Berechtigten und dem Verpflichteten, sofern nicht sofort und eindeutig jeder Ersatz abgelehnt wird. Verhandlungen schweben schon dann – aber auch nur dann –,

wenn der Verpflichtete Erklärungen abgibt, die den Geschädigten zu der Annahme berechtigen, der Verpflichtete lasse sich jedenfalls auf Erörterungen über die Berechtigung von Schadenersatzansprüchen ein (BGH MDR 88, 570 m.w.N.) bzw. er werde im Sinne einer Befriedigung der Ansprüche entgegenkommen zeigen (BGH VersR 69, 857, 859; BGH VersR 62, 615). Die solchermaßen bewirkte Verjährungshemmung endet aber, wenn die Fortsetzung der Verhandlungen abgelehnt wird. Werden die Verhandlungen verschleppt oder schlafen sie ein, so beginnt die Verjährung ab dem Zeitpunkt weiterzulaufen, zu dem nach Treu und Glauben der nächste Verhandlungsschritt zu erwarten gewesen wäre (Palandt/Thomas, BGB, 47. Aufl., § 852, 4 b; BGH NJW 86, 1337).

Mißt man daran den vorliegenden Schriftwechsel der Parteien, so läßt sich eine Verjährungshemmung von mehr als 11 Monaten nicht feststellen. Im einzelnen gilt folgendes:

Nach den zu den Akten gereichten Unterlagen begann der Schriftwechsel der Parteien mit einem Schreiben der Prozeßbevollmächtigten der Kläger vom 14. 11. 1983. Darin informierten diese den Beklagten, daß die 4. Kammer des Landgerichts V. in der die Kaufpreisklage gegen die Eheleute B. betreffenden mündlichen Verhandlung die Auffassung geäußert habe, der vom Beklagten beurkundete Kaufvertrag sei wegen unzureichender Bezeichnung des verkauften Teilgrundstücks unwirksam. Unter Hinweis auf den 29. 11. 1983 anstehenden Verkündungstermin heißt es sodann weiter wie folgt:

„Vor diesem Hintergrund wird es erforderlich sein, mit ihnen abzustimmen, ob und inwieweit gegen die zu erwartende Entscheidung des Landgerichts V. Berufung eingelegt werden soll zum Oberlandesgericht, um über diese Rechtsfrage eine Entscheidung des Oberlandesgerichts zu erwirken.

Auf der anderen Seite würden bei Unwirksamkeit des Vertrages gegenseitige Rückgewähransprüche der Parteien entstehen, deren Realisierung ganz erhebliche auch wirtschaftliche Probleme beinhalten.

Ich halte es daher für erforderlich, daß dieser Vorgang entweder zwischen Ihnen und mir erörtert wird, bzw. Sie mir gegenüber erklären, in welcher Form das Verfahren gegebenenfalls in der Berufungsinstanz weiter betrieben wird, allerdings erwarte ich dann, sollte das erstinstanzliche Gericht, 4. Kammer in V. entsprechend entscheiden, daß Sie mir erklären, daß Sie insoweit Herrn S. von den damit verbundenen Kosten freistellen.

Ich habe mir erlaubt, von diesem Schreiben keine Durchschrift an den Mandanten zu überlassen, da ich zunächst von einer notwendigen Klärung unter uns Beteiligten ausgehe.“

Diese Ausführungen sind als Aufforderung der Kläger an den Beklagten zu werten, nunmehr in Verhandlungen über eine etwaige Schadenersatzpflicht des Beklagten einzutreten.

In seinem Antwortschreiben vom 15.11.1983 (Bl. 1989 GA) äußert der Beklagte die Auffassung, daß der von ihm beurkundete Vertrag wirksam sei; ferner weist er darauf hin, der Kläger brauche lediglich den Umschreibungsantrag beim Grundbuchamt zu stellen, um durch die sofortige Eigentumsumschreibung etwaige Wirksamkeitshindernisse (gemäß § 313 Satz 2 BGB) auszuräumen. Im übrigen erklärt er folgendes:

„Ich wäre dankbar, wenn Sie mir eine Durchschrift des Urteils des Landgerichts V. zukommen lassen könnten.

Im übrigen kann ich mich an den Kosten einer etwaigen Berufung schon aus Gründen, die in der Person meines Amtes liegen, nicht beteiligen.“

Mit dem zuletzt zitierten Absatz lehnt der Beklagte etwaige Ersatzeleistungen, und zwar speziell die Beteiligung an den Kosten einer etwaigen Berufung – mehr hatten die Kläger vorher auch nicht von ihm verlangt –, eindeutig und endgültig ab. Von schwebenden Verhandlungen kann folglich per 15.11.1982 noch keine Rede sein, abgesehen davon, daß zu diesem Zeitpunkt der Lauf der Verjährungsfrist noch gar nicht begonnen hatte und dem Schreiben des Beklagten vom 15.11.1983 auch deshalb keine verjährungshemmende Wirkung beigemessen werden kann.

Der nächste Kontakt der Parteien muß sodann mit Schreiben der Kläger vom 27.1.1984 erfolgt sein. Zwar liegt ein entsprechendes Schreiben nicht vor, jedoch haben die Kläger behauptet, der Beklagte sei „mit Schreiben vom 27.1.1984 darauf hingewiesen worden, daß außergerichtliche Vergleichsverhandlungen, die sich damals noch um eine teilweise Zahlung des geltend gemachten Restbetrages drehten und den Vertrag im übrigen abwickelten, gescheitert waren“. Aufgrund dieser Ausführungen, die auch später nicht ergänzt worden sind, läßt sich jedoch seitens des Senats nicht feststellen, daß – wenigstens aus der Sicht der Kläger – am 27.1.1987 erneut versucht worden ist, mit dem Beklagten in Verhandlungen über seine etwaige Schadenersatzpflicht einzutreten.

Demzufolge ist auch dem Antwortschreiben des Beklagten vom 31.1.1984 eine verjährungshemmende Wirkung nicht beizumessen, denn dieses Schreiben konnte für sich allein bei den Klägern nicht die Erwartung wecken, der Beklagte werde ihnen in schadenrechtlicher Hinsicht entgegenkommen. Denn der Beklagte bestätigt lediglich „dankend“ den Erhalt des Schreibens vom 27.1.1984, nimmt ferner Bezug auf ein Telefonat vom 30.1.1984, über dessen Inhalt nichts vorgetragen ist und teilt schließlich mit, daß der Umschreibungsantrag bereits am 21.12.1983

gestellt worden sei. Außerdem berichtet er, daß er das Grundbuchamt bereits mehrfach erinnert habe, aber leider die Grundakten vom Landgericht V. noch nicht zurückgesandt worden seien. Über irgendwelche etwaigen Schadenersatzleistungen des Beklagten enthält dieses Schreiben also keine Erklärungen.

Als nächstes findet sich ein Schreiben des Beklagten vom 13. 3. 1985 bei den Akten, mit dem er unter Bezugnahme auf die „Prozeßsache Eheleute B. gegen S. u. Z.“ folgendes ausführt:

„In obiger Angelegenheit übersende ich Ihnen in der Anlage Fotokopie eines Schreibens des G.-Konzerns vom 1. 3. 1985 zur Kenntnisnahme.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mich über den weiteren Verlauf des Prozesses durch Übersendung von Abschriften weiterer Schriftsätze in Kenntnis setzen könnten.“

Das vorgenannte Schreiben des G.-Konzerns vom 1. 3. 1985 lautet u. a. wie folgt:

„Auf der Grundlage des uns bekannten Sachverhalts würden wir es derzeit nicht für erforderlich halten, daß Sie den Rechtsstreit auf seiten der Beklagten beitreten. Zur Vermeidung überraschender Entwicklungen würde es sich allerdings empfehlen, wenn Sie die Herren Rechtsanwälte S. pp. bitten, Ihnen Ablichtungen der jeweiligen Schriftsätze zur Verfügung zu stellen.

Zu gegebener Zeit wollen Sie uns dann über den Fortgang der vorbezeichneten Angelegenheit unterrichten.“

Weder das eigene Schreiben des Beklagten noch das des G.-Konzerns erlauben bei der gebotenen objektiven Betrachtungsweise die Schlußfolgerung, zwischen den Parteien hätten im Frühjahr 1985 bereits Schadenersatzverhandlungen geschwebt. Das Schreiben des Beklagten ist ohnehin in schadenersatzrechtlicher Hinsicht inhaltlich nichtssagend; die daraus allein zu entnehmende **Information, daß er bereits seine Berufshaftpflichtversicherung eingeschaltet hatte, besagt nichts über seine Bereitschaft, tatsächlich auch Schadenersatz leisten bzw. jedenfalls ernsthaft darüber sprechen zu wollen.** Die rechtzeitige Information seines Haftpflichtversicherers und die Abstimmung mit ihm über das weitere Vorgehen gehörten ohne Rücksicht darauf zu seinen versicherungsvertraglichen Obliegenheiten, ob er sich für schadenersatzpflichtig hielt oder darüber verhandeln wollte.

Das Schreiben der Versicherung befaßt sich inhaltlich ausschließlich mit der Frage, ob der Beklagte in dem Rechtsstreit der Eheleute B. gegen die Kläger als Streithelfer auftreten sollte; irgendwelche etwaigen Ersatzansprüche der Kläger werden nicht einmal am Rande erwähnt. Insbeson-

dere wird nicht etwa eine Prüfung etwaiger Ansprüche in Aussicht gestellt. Auch per Mitte März 1985 lassen sich also verjährungshemmende Schadenersatzverhandlungen zwischen den Parteien nicht feststellen.

Der nächste schriftliche Kontakt der Parteien muß sodann durch ein Schreiben der Kläger vom 23.1.1986 hergestellt worden sein. Die Existenz dieses Schreibens ergibt sich aus dem Antwortschreiben des Beklagten vom 27.1.1986. Indessen ist das Schreiben der Kläger vom 23.1.1986 nicht vorgelegt und auch in sonstiger Weise inhaltlich nicht näher dargelegt worden. Lediglich aus dem ersten Absatz des Antwortschreibens des Beklagten vom 27.1.1986 läßt sich mutmaßen, daß die Kläger mit ihrem Schreiben wohl Schadenersatz begehrt haben. Dieser Absatz im Schreiben des Beklagten lautet wie folgt:

„In obiger Angelegenheit bestätige ich den Erhalt Ihres Schreibens vom 23.1.1986, welches ich ordnungsgemäß an meine Haftpflichtversicherung, den G-Konzern, weitergeleitet habe.“

Die weiteren Absätze des vorgenannten Antwortschreibens des Beklagten enthalten sodann eine eindeutige Zurückweisung klägerischer Schadenersatzansprüche. Der Beklagte bekräftigt dort seine Auffassung, daß ihm der Vorwurf einer Amtspflichtverletzung nicht gemacht werden könne, weil der beurkundete Vertrag wirksam sei. Ferner bestreitet er die Kausalität zwischen einer etwaigen Amtspflichtverletzung und einem aus der Nichtdurchführung des Vertrages den Klägern möglicherweise entstandenen Schaden. Darüber hinaus nimmt er auch ausdrücklich einen Schaden der Kläger in Abrede, indem er sie darauf verweist, daß sie mit dem von den Eheleuten B. gezahlten Kaufpreis jahrelang Zinsen erarbeitet oder jedenfalls erspart hätten. Ferner verweist er darauf, daß sich die Eheleute B. in einer Größenordnung von ca. 15.000 DM auf Baumängel hätten stützen können.

Bei richtiger Würdigung dieser Ausführungen des Beklagten konnten die Kläger vernünftigerweise nicht der Auffassung sein, der Beklagte lasse sich noch auf weitere Erörterungen über die Berechtigung von Schadenersatzansprüchen ein oder zeige gar ein Entgegenkommen im Sinne einer Befriedigung der klägerischen Ansprüche. Der Beklagte hatte vielmehr „alle Register gezogen“, um Ansprüche der Kläger aus § 19 BNotO zurückzuweisen; er hatte etwaige Ansprüche sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach mit „doppelt genähter“ Begründung zurückgewiesen. Vernünftigerweise blieb den Klägern jetzt nur die Wahl, auf ihre Ansprüche gegen den Beklagten zu verzichten oder ihn gerichtlich auf Zahlung in Anspruch zu nehmen.

An dieser Einschätzung ändert es auch nichts, daß der letzte Absatz des hier erörterten Schreibens wie folgt lautet:

„Sofern Sie im übrigen andeuten, den angeblichen Schaden Ihrer Auftraggeber spezifizieren zu wollen, bitte ich um entsprechende Veranlassung.“

Mit diesem Schlußsatz wurden die vorher vom Beklagten dargelegten Gründe dafür, daß und warum er nicht haftete, nicht entkräftet. Auch konnte dieser Schlußsatz angesichts der vorher gemachten Ausführungen nicht so verstanden werden, als würde sich der Beklagte möglicherweise doch noch zu Schadenersatzleistungen bequemen, wenn der Anspruch der Kläger zur Höhe noch näher spezifiziert werden würde.

Bezeichnenderweise haben die Kläger dann auch monatelang nichts mehr von sich hören lassen; insbesondere haben sie in einem engeren zeitlichen Zusammenhang mit dem Schreiben vom 27.1.1986 auch keine Spezifizierung ihres Schadens beim Beklagten vorgelegt, obwohl nach Treu und Glauben zu erwarten gewesen wäre, daß sie sich wenigstens binnen der drei folgenden Monate wieder meldeten, also – wenn es denn überhaupt schon zu Verhandlungen gekommen war – weiterverhandelten. Äußerstenfalls läßt sich also die Auffassung vertreten, daß es für gut 3 Monate zu Schadenersatzverhandlungen zwischen den Parteien gekommen ist, nämlich vom 23.1.1986 (Aufforderungsschreiben der Kläger) bis zum 30.4.1986 (spätester Zeitpunkt, um seitens der Kläger auf das Schreiben des Beklagten vom 27.1.1986 zu reagieren). Indessen nützte eine derartige Verjährungshemmung von gut 3 Monaten den Klägern im Hinblick darauf nichts, daß ihre Klage insgesamt mehr als 11 Monate zu spät bei Gericht erhoben worden ist.

Erst mit Schreiben vom 20.8.1986 haben sich die Kläger wieder beim Beklagten gemeldet und nunmehr – jedenfalls soweit sich das anhand der Akten feststellen läßt – im einzelnen ihre Schadenersatzansprüche dem Grunde und der Höhe nach geltend gemacht. Zugleich haben sie den Beklagten ausdrücklich aufgefordert, sich zu seiner Ersatzpflichtigkeit zu erklären.

Dem kam der Beklagte mit Schreiben vom 27.8.1986 nach. Unter Hinweis auf sein Schreiben vom 27.1.1986 leugnete er erneut eine Amtspflichtverletzung und machte die Kläger selbst dafür verantwortlich, daß der Kaufvertrag nicht vollzogen worden sei. Ferner wies er wiederum auf die von den Eheleuten B. geltend gemachten Baumängel sowie auf die von den Klägern gezogenen Zinsvorteile hin. Schließlich setzte er sich mit einem von den Klägern erwähnten Wertgutachten auseinander; da dieses ihm jedoch noch nicht zur Verfügung gestellt worden war, bat er abschließend „der Ordnung halber ... noch um Übersendung einer Fotokopie des Sachverständigengutachtens.“

Auch dieses Schreiben konnte bei den Klägern nicht die Hoffnung nähren, der Beklagte werde ihnen wenigstens teilweise entgegenkommen. Das

Gutachten forderte er – wie es recht anschaulich in dem Schreiben heißt – lediglich „der Ordnung halber“ an; **eine Bereitschaft, nach Erhalt und Prüfung des Gutachtens vielleicht doch etwas zu zahlen, ist damit nicht verbunden gewesen.**

Nach dem Erhalt des Gutachtens mit dem klägerischen Schreiben vom 1. 9. 1986 äußerte sich der Beklagte – jedenfalls soweit sich das aus den Akten ergibt – außerprozessual letztmalig mit Schreiben vom 8. 9. 1986.

Auch dieses Schreiben läßt keinerlei Bereitschaft erkennen, freiwillig irgendwelchen Schadenersatz leisten zu wollen. Eine Reaktion seitens der Kläger erfolgt darauf nicht mehr.

Wollte man nun abweichend von den vorstehenden Darlegungen in dem Briefwechsel der Parteien zwischen dem 20. 8. und dem 8. 9. 1986 schwebende Schadenersatzverhandlungen gemäß § 852 Abs. 2 BGB sehen, dann sind diese jedenfalls nach dem Schreiben des Beklagten vom 8. 9. 1986 wieder eingeschlafen; spätestens für Ende November 1986 hätte man den nächsten „Verhandlungsschritt“ seitens der Kläger erwarten müssen. Folglich ließe sich zugunsten der Kläger eine Verjährungshemmung allenfalls für die Zeit vom 20. 8. 1986 (Datum des Anforderungsschreibens der Kläger) bis zum 30. 11. 1986 (spätester Zeitpunkt für den nächsten Verhandlungsschritt seitens der Kläger) feststellen, also für 3 Monate und 11 Tage. Aber auch das würde die Verjährungseinrede des Beklagten nicht zu Fall bringen können. Da die Klage ca. 11 Monate nach Ablauf der regulären Verjährungsfrist bei Gericht eingereicht worden ist, müßte die Summe aller Verjährungshemmungen etwas mehr als 11 Monate betragen. Das ist jedoch nicht der Fall.

Haftung des Steuerberaters

- Verjährung von Schadenersatzansprüchen § 68 StBerG
 - Verjährungsbeginn: Schlußbesprechung
 - Einwand unzulässiger Rechtsausübung
- (OLG Celle Ur. v. 25. 10. 1989 – 3 U 301/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Schadenersatzanspruch wegen der Nachveranlagung vermeidbarer Steuern beginnt im Zeitpunkt der Schlußbesprechung. Es ist gleichgültig, ob zu diesem Zeitpunkt das Mandat bereits beendet war.
2. Verhandlungen zwischen dem Mandanten und dem Steuerberater hemmen die Verjährungsfrist nicht.

3. Der Einwand der unzulässigen Rechtsausübung ist nur gerechtfertigt, wenn der Steuerberater den Mandanten durch sein Verhalten von der rechtzeitigen Klageerhebung abgehalten hat.

Aus den Gründen:

.....

B. Der Anspruch ist im übrigen verjährt.

Die **Schlußbesprechung der Betriebsprüfung**, bei der Einigkeit bestand und die die Grundlagen für die Nacherhebung schon festlegte, war am 8.9.1983. Zu der Zeit war das Mandat des Beklagten schon beendet. Dieser „Akt des Finanzamts“ setzte spätestens die Verjährungsfrist des § 68 StBerG in Gang (BGH GI 20/85 = NJW 85, 1963; BGH GI 1986, 27 = EWiR § 68 StBerG 1/86, 297 [Gräfe] = NJW 86, 1162). Grundsätzlich war die Klägerin nicht gehindert, nunmehr gerichtliche Schritte gegen den Beklagten einzuleiten, wenn sie meinte, die zu erwartenden Nachforderungen seien ihr vom Beklagten zu ersetzen.

Soweit der Beklagte in der Folgezeit geäußert hat, den schriftlichen Betriebsprüfungsbericht abzuwarten und vorher hätten Gespräche keinen Sinn, läßt sich diese Haltung kaum als Eintritt in sachliche Verhandlungen verstehen. Das kann aber dahinstehen. Denn ebenfalls wie beim Rechtsanwaltsregreß (vgl. BGH Urf. v. 15.12.1988 – IX ZR 33/88 GI 1989, 123) wird **durch Verhandlungen zwischen dem Mandanten und dem Steuerberater die Verjährungsfrist nicht gehemmt**; § 852 Abs. 2 BGB ist bei § 68 StBerG nicht entsprechend anzuwenden.

Die Klägerin kann dem Beklagten auch keine **unzulässige Rechtsausübung** entgegenhalten. Selbst wenn zugunsten der Klägerin unterstellt wird, der Beklagte und die hinter ihm stehende Versicherung hätten eine sachliche Erörterung nach Vorlage der Steuerbescheide zugesagt und darauf habe sich die Klägerin und der Streithelfer verlassen, macht dies die Berufung auf Verjährung jetzt im Rechtsstreit nicht treuwidrig. Die Verjährungsregelung gebietet strenge Maßstäbe. Nur wirklich grobe Verstöße gegen Treu und Glauben rechtfertigen den Einwand der unzulässigen Rechtsausübung, so etwa **wenn der Verpflichtete den Berechtigten durch sein Verhalten von der rechtzeitigen Klageerhebung abgehalten hat** (vgl. BGH NJW 88, 2245, 2247 = GI 1988, 226). Die Steuerbescheide lagen im November 1986 vor. Vertraute die Klägerin – zu Recht oder zu Unrecht – auf die Verweisung auf die Steuerbescheide, so war es nunmehr geboten, unverzüglich Konsequenzen zu ziehen. Nach der Schlußbesprechung waren etwas mehr als drei Jahre vergangen. Eine neue Verjährungsfrist lief nicht. Nachdem nunmehr auch seitens des Finanzamts die Nachforderungen berechnet waren, gab es kein

Hindernis mehr, gerichtliche Schritte einzuleiten. Zu denken wäre an eine Überlegungsfrist von etwa vier Wochen, allenfalls bis zum Jahresende 1986. Tatsächlich wurde der Mahnbescheid erst am 30.12.1987 beim Amtsgericht beantragt.

Auskunftsvertrag

– Verjährung, § 638 BGB

– Mangelfolgeschaden

(LG Köln Urt.v.16.2.1989 – 2 O 213/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Ein Vertrag, der auf die Erteilung einer bestimmten Auskunft und Information gerichtet ist, stellt einen Werkvertrag dar.
2. Wird aufgrund fehlerhafter Auskunft ein schädigender Vertrag mit einem Dritten geschlossen, so verjährt dieser Folgeschaden gem. § 638 BGB nach sechs Monaten.

Aus den Gründen:

Der Klägerin steht gegen den Beklagten der verfolgte Schadenersatzanspruch nicht zu. Dabei kann dahinstehen, ob der Beklagte der Klägerin aufgrund falscher Auskunfterteilung zum Schadenersatz verpflichtet wäre. Denn ein solcher Schadenersatzanspruch ist gemäß § 638 BGB jedenfalls verjährt.

Bei dem zwischen den Parteien geschlossenen Vertrag, der auf die **Erteilung einer bestimmten Auskunft und Information** bezüglich eines Herrn O. gerichtet war, handelt es sich um einen Werkvertrag (vgl. Palandt, Einführung vor § 631 Anm. 5. Urteil der Kammer vom 14. 4. 1988 – 2 O 459/87).

Es gilt deshalb die 6-monatige Verjährungsfrist des § 638 BGB. Denn bei dem Schadenersatzanspruch der Klägerin handelt es sich um einen solchen nach § 635 BGB, nicht um einen solchen aus positiver Vertragsverletzung, der erst in 30 Jahren verjährt. Der von der Klägerin geltend gemachte Schaden stellt sich zwar als sogenannter Mangelfolgeschaden dar, der grundsätzlich nicht unter den Schadenbegriff des § 635 BGB fällt. Im Interesse einer zweckgerechten Anwendung des § 638 BGB

sind aber gewisse Mangelfolgeschäden in den Geltungsbereich des § 635 BGB einzubeziehen, wenn der Folgeschaden mit dem Werkmangel eng zusammenhängt. Nur bei entfernteren Folgeschäden haftet der Unternehmer wegen positiver Vertragsverletzung (vgl. Urteil der Kammer a.a.O. m.w.N.).

Ein solcher enger Zusammenhang zwischen Werkmangel – unrichtige Auskunft – und Mangelfolgeschaden – Vermögensschaden der Klägerin – ist vorliegend gegeben. Fehler bei der Erteilung einer Auskunft über einen Dritten, die eine entscheidende Grundlage für den Entschluß des Vertragspartners, mit dem Dritten in vertragliche Beziehungen zu treten, schaffen soll, entfalten ihre **eigentlich Wirkung als Mangelfolgeschäden**, sie realisieren sich als Vermögensschäden. Damit ist der enge Zusammenhang zwischen Werkmangel und Mangelfolgeschaden geknüpft (vgl. Kammer-Urteil wie oben).

Die somit geltende 6-monatige Verjährungsfrist des § 638 BGB hat mit der Auskunfterteilung am 22.7.1985 zu laufen begonnen. Sie war bei Klageerhebung längst abgelaufen.

GI Hinweis

Zunehmend werden betriebswirtschaftliche und steuerrechtliche Probleme beim Kauf von Unternehmen bzw. von Beteiligungen an Unternehmen erkannt. Gewährleistungsfragen wurden zunehmend in der zivilrechtlichen Literatur erörtert. In 2. Auflage hat nunmehr der Verlag Dr. Otto Schmidt KG das „Handbuch des Unternehmens- und Beteiligungskaufs“ von Hölters, Bauer, Fischer, Purwins, Sedemund, Semler und Weiss herausgegeben. Das Handbuch gibt ausführliche Darstellungen zur Bewertung und Finanzierung sowie zum Vertrags-, Steuer-, Arbeits- und Kartellrecht. Aktuelle steuerliche Änderungen – Abschreibbarkeit des Firmenwertes, Wegfall des begünstigten Steuersatzes für Veräußerungsgewinne – wurden bereits berücksichtigt. Das Handbuch zeichnet sich durch eine gute Gliederung und prägnante Darstellung aller Problemfälle eines Unternehmenskaufs aus. Es enthält darüber hinaus drei Vertragsbeispiele.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1-12, 1989)

Abfindungsvergleich			
- Anwaltskosten	89, 2		
Abtretung			
- d. Steuererstattungsanspruchs			
= geschäftsmäßige - § 46, 4 AO	89, 191		
Allgemeine Auftragsbedingungen d. Wp			
- Ausschußfrist, § 9 Abs. 3 Nr. 1	89, 94		
Allgemeine Versicherungsbedingungen			
- wissentliche Pflichtverletzung	89, 156		
- wirksame Vereinbarung	89, 194		
Anderkonto			
- des Notars	89, 50		
	(LS)		
- Verrechnung mit Gebührenforderung	89, 72		
	(LS)		
Anlageberatung			
- Immobilienkauf 1980	89, 73		
- Liquiditätsbelastung	89, 73		
- Pflicht zur -	89, 73		
- Prognosen	89, 36		
	(LS)		
- Risiken			
= projizierte Steuervorteile	89, 36		
	(LS)		
- Risikobeurteilung d. Anlegers	89, 50		
	(LS)		
- Schaden	89, 36, 73		
Arglistenwand			
- gegenüber Verjährungseinrede	89, 216		
Auskunftsvertrag			
- stillschweigender Abschluß	89, 42		
- Verjährung	89, 89		
- Werkvertrag	89, 89, 218		
Bekanntgabe d. Steuerbescheides			
- an Mandanten oder StB	89, 22		
Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA			
- fehlende Belehrungsbedürftigkeit	89, 12		
= eigene Sachkunde, Zahnarzt			
= eigene Sachkunde, Geschäftsmann	89, 25		
= Nachbearbeitungsauftrag an Kollegen	89, 125, 130		
Berichtigung (§ 173 I, 2 AO)			
- grobes Verschulden			
= Überprüfung der Arbeitsergebnisse			
d. Mitarbeiters	88, 22		
Beschlagnahmeverbot, § 97 StPO			
- Buchhaltungsunterlagen	89, 2, 36		
Beweislast, s. auch Darlegungslast			
- Belehrungspflicht	89, 28		
- Buchungsfehler	89, 30		
Bilanzerstellung			
- Dritthaftung	89, 95		
- Frist, § 264 HGB	89, 202		
- Grundstücksbewertung, Information			
d. Mandanten	89, 2		
- Korrektur fehlerhafter Afa	89, 202		
- Testat	89, 95		
Buchhaltungsauftrag			
- Löschung von Buchhaltungsdaten	89, 36		
	(LS)		
Darlegungslast f. Regreßanspruch,			
s. auch Beweislast			
- Buchungsfehler	89, 30		
- Schaden	89, 203		
DATEV-Daten			
- Herausgabepflicht	89, 189		
- Übertragung auf Kollegen	89, 39		
- Vernichtung von -	89, 39		
Dritthaftung			
- Anwaltsvertrag	89, 3		
- Bilanzerstellung	89, 95		
- Sachwalterhaftung	89, 3		
- aus Testat	89, 95		
Erfolgshonorar	89, 145		
Freie Mitarbeiter			
- Abgrenzung Arbeitnehmer	89, 72, 196		
Fristenkontrolle			
- Ausgangskontrolle, Fristenkontrollbuch	89, 94		
- Arbeitsgerichtsverfahren	89, 172		
- Briefumschlag, Zustellungsdatum	89, 166		
- Form d. Fristnotierung	89, 167		
- Fristenkontrollbuch	89, 166		
- Fristversäumnis, unverschuldete			
= Anweisung an Bürokraft	89, 166		
= mündl. Anweisung	89, 169		
= bei Beförderung der Post durch Hilfskräfte	89, 166		
- Nichtabgabe eines Schriftsatzes	89, 169		
Herausgabepflicht d. StB			
s. a. Zurückbehaltungsrecht			
- d. DATEV-Daten	89, 189		
- Konkurs d. Mandanten	89, 189		
Honoraranspruch			
- bei Anschlußkonkurs	89, 33		
- Beweislast f. Gebührenrahmen	89, 34		
- Datenübertragung, § 32 StBGebV	89, 41		
- Erfolgshonorar	89, 145		
- Gebührenrahmen	89, 116		
= neue Umsatzsteuererklärung			
- Gegenstandswert			
= Anerkennungsverfahren f.			
StB-Gesellschaft	89, 34		
- Honorarvorschuß, Rückzahlung	89, 34		
- ordnungsgemäße Honorarrechnung,			
Unterschrift	89, 34		
- Pauschalhonorar, § 14 StBGebV	89, 184		
- Rückforderungsanspruch § 812 BGB	89, 194		
- Sachverständigengutachten	89, 109		
- des Wirtschaftsprüfers	89, 111		
= Anwendung der StBGebV	89, 111		
- Zeitgebühr			
Investitionszulage			
- für Teilherstellungskosten	89, 176		
Kausalität			
- wirtschaftliche Vorteile bei			
steuerlichen Nachteilen	89, 100		
Klageschrift			
- ordnungsgem. Unterschrift	89, 175		
Konkursverwalter, Haftung des			
- Betriebsfortführung	89, 133		
- Unterrichtung über wirtschaftl. Lage	89, 133		
- Verteilungsverfahren bei Masseschuld,			
neue Rechtsprechung	89, 133		
Kosten d. FG-Prozesses			
- Kostenpflicht d. StB.	89, 87		
Kündigung des Mandats			
- aus wichtigem Grund	89, 109		

Lohnsteuerhilfeverein		
– Beratungsstellenleiter, Steuerfachgehilfe	89, 122	
– Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit, § 18 EStG	89, 202	
– Halbtätigkeit, § 23 Abs. 3 StBerG		
Mandantengelder	89, 50	
– Anderkonto des Notars	89, 72	
– Verrechnung mit Gebührenforderung		
Mandantenunterlagen	89, 189	
– Beweislast d. Übergabe	89, 189	
– Rückgabe der –		
Mitverschulden	89, 50, 73	
– Risiken bei Kapitalbeteiligung	(LS)	
	89, 185	
– Rundschreiben d. StB	89, 73	
– überlegene Sachkunde d. StB.		
Nachbesserung	89, 116	
– Kosten der –, § 633 Abs. 3 BGB		
Notar	89, 50	
– Anderkonto	(LS)	
– Belehrungspflicht	89, 94	
– über Versteuerung eines Spekulationsgewinns	89, 207	
– Bestimmtheit d. zu vermessenden Grundstücks	89, 50	
– Darlehensauszahlung ohne erstrangige Grundschuld	(LS)	
– Eigenverantwortlichkeit	89, 94	
– Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung	89, 102	
– Prüfung materieller Fragen	89, 102	
– Hinzuziehung von Mitarbeitern	89, 94	
Praxiswert	89, 109	
– Abschreibung eines erworbenen –	89, 122	
– 10jährige Umsatzbeteiligung, Bewertungsrecht		
Prospekthaftung	89, 62	
– d. Treuhänders	89, 2	
– Verjährungsbeginn		
Provisionsgeschäfte	89, 156	
– Versicherungsschutz		
Rechtsanwalt	89, 172	
– Fristenkontrolle, Arbeitsgerichtsverfahren		
Rechtsbeistand	89, 122	
– Konkurs des –	89, 72	
– Sozietät mit Anwaltsnotar	89, 144	
– Zuverlässigkeit		
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung	89, 144	
– Geschäftsmäßigkeit	89, 144	
– Kreditberatung	89, 154	
– Pflicht zur Hinzuziehung eines RA	89, 144	
– Sanierungsverhandlungen	89, 144, 145, 154	
– durch Steuerberater	89, 145	
– durch Wirtschaftsprüfer	89, 145	
– = Abfassung d. Kaufvertrages	89, 145	
– = Verkaufsverhandlungen		
Rundschreiben d. StB	89, 185	
Sachwalterhaftung	89, 3	
Sachverständiger	89, 109	
– Abweichung von Sachverständigengutachten		
Schaden	89, 36	
– Anlageberatung	(LS)	
	89, 2	
– Anwaltskosten b. Abfindungsvergleich	89, 203	
– Darlegungslast	89, 100	
– bei Familienunternehmen	89, 17	
– Geldbuße/-strafe	89, 50	
– erstrangige Grundschuld	(LS)	
	89, 100	
– bei verbundenen Unternehmen	89, 79	
– unrechtmäßiger Vermögensvorteil		
Sozietät		89, 72
– Anwaltsnotar u. Rechtsbeistand		89, 108
– Außenprüfung d. unzuständiges FA		89, 108
– Gewinnfeststellungsbescheid an einen Sozius		89, 108
– Gewinnfeststellungserklärung		
Steuerberater	89, 184	
– Eintragung im Handelsregister		
Steuerberater-GmbH		
– Berufsbezeichnung „Steuerberater“	89, 184	
– eintragungsfähig	89, 184	
– eines Berufsverbandes		
Steuerberatungsgesetz	89, 122	
– § 23 Abs. 3		
– = Halbtätigkeit		
– § 57		
– = Wirtschaftsberatung, Anlagenempfehlung	89, 6	
Steuerberatungsvertrag		
– Auflösung des –	89, 109, 189	
– = fristlose Kündigung	89, 73	
– Inhalt des –	89, 39	
– Löschung von Buchhaltungsdaten	89, 116	
– Mängelbeseitigung	89, 25	
– Pflicht zur allgemeinen Rechtsberatung?		
Steuergestaltungsberatung	89, 23	
– wegen Änderung der Steuerrichtlinien	89, 23	
– Beratung zu gesetzeswidriger Praxis	89, 99	
– Einbringung einer Einzelfirma in eine GmbH	89, 23	
– unentgeltliches Wohnrecht		
Steuerverkürzung, § 378 AO	89, 46	
– durch Steuerberater		
Treuhänder	89, 50	
– Anderkonto des Notars	(LS)	
	89, 50	
– Bauherrengemeinschaft, zustande gekommene	(LS)	
	89, 50	
– Belehrung über steuerl. Risiken	(LS)	
	89, 50	
– = Wissensvorsprung d. TH	(LS)	
	89, 62	
– Honoraranspruch d. –	89, 64, 90	
– = bei Minderwohnfläche	89, 62	
– Planungsänderung	89, 62, 90	
– Prospekthaftung d. –	89, 50	
– Prüfung bautechnischer Fragen	(LS)	
– Schaden	89, 51	
– Versicherungsschutz		
Unterschrift	89, 34	
– Honorarrechnungen	89, 175	
– Klageschrift		
Verjährung, § 12 VVG	89, 51	
– Beginn	89, 51	
– Verjährungshemmung, § 12 II		
Verjährung, § 51 BRAO	89, 123	
– Analogie zu § 852 Abs. 2 BGB	89, 123	
– Wiederholung der Einrede		
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)		
– Belehrungspflicht über eigene Fehler und Verjährungsvorschrift (Sekundäranspruch)	89, 73, 82	
– = Anlaß zur Prüfung u. Belehrung	89, 73, 82	
– = Beginn d. Belehrungspflicht		
– = keine Belehrungspflicht		
– Kenntnis d. Fehlers und d. Verjährungslage	89, 125, 130	
– Unkenntnis über Verjährungsvorschrift	89, 5	
– = Mandatsende, neuer Steuerberater	89, 82, 203	
– = Nachbearbeitungsauftrag an Kollegen	89, 125, 130	
– = schuldhaftes Verletzung der –	89, 28	
– Verjährungsbeginn		
– = Ablauf d. Festsetzungsverjährung	89, 14	

= Betriebsprüfung			
allgemein	89, 14, 44		
= Folgeschäden	89, 45, 82		
= Gesellschaftsgründung	89, 203		
= Kapitalanlage	89, 5		
= Kaufvertrag	89, 145, 202		
= Konkurs	89, 45		
- Verjährungshemmung			
= Verhandlungen	89, 218		
= Verlust der 7b-AfA	89, 28		
= Zahlung d. Steuer	89, 14		
Verjährung, Schadenersatzanspruch (§ 51a WPO)			
- vorvertraglicher Regreßanspruch	89, 145		
- Steuerberatung d. „Nur-Wirtschaftsprüfer“	89, 28		
Verjährung (§ 638 BGB)			
- Mangelfolgeschaden	89, 89		
= nach fehlerhafter Auskunft	89, 218		
Verjährung, § 852 BGB, 82 KO			
- Kenntnis des Schadens	89, 207		
- Kenntnis des Vertreters	89, 133		
= Verhandlungen	89, 207		
- Verjährungshemmung, § 852 Abs. 2 BGB			
= „Einschleifen“ von Verhandlungen	89, 133		
= Meinungsaustausch			
Verschulden			
- durch Kollegialgerichtsentscheidung	89, 104		
Verschwiegenheit			
- Konkurs d. Mandanten	89, 184		
- im Kündigungsschutzprozeß	89, 184		
Versicherungsschutz			
- Anerkenntnisverbot	89, 50		
	(LS)		
- Anzeigepflichtverletzung	89, 51		
- Bindungswirkung d. Haftpflichturteils	89, 2, 51		
- wissentl. Pflichtverletzung			
= verdeckte Provisionsannahme	89, 156		
= Zahlung vor Fälligkeit	89, 51		
- Relevanzrechtsprechung	89, 53		
- Trennungsprinzip Haftpflicht-/Deckungsprozeß	89, 156		
- Treuhandeltätigkeit	89, 51		
- Verjährung, § 12 VVG	89, 51		
Vollmacht			
- Handeln ohne -	89, 87		
Vorteilsausgleich			
- Anlageberatung	89, 36		
	(LS)		
Vorvertraglicher Regreßanspruch			
- Verjährung des -	89, 145		
Werkvertrag			
- Auskunftsvertrag	89, 89, 218		
Wettbewerbsverbot			
- Sittenwidrigkeit	89, 187		
- nach Übertragung d. Praxis	89, 187		
Wiedereinsetzung			
- Büroversehen d. Stb/Wp/RA			
= Hilfskräfte	89, 166		
= Nichtabgabe eines Schriftsatzes	89, 169		
- Fristenkontrolle			
= Anweisung an Bürokraft	89, 166		
= im Arbeitsgerichtsverfahren	89, 172		
= Briefumschlag, Zustellungsdatum	89, 166		
= Form d. Fristnotierung	89, 167		
= Fristenkontrollbuch	89, 166		
- Fristwahrung			
= durch Hilfskräfte	89, 166		
- Glaubhaftmachung			
= eidesstattl. Versicherung	89, 166		
Wirtschaftsprüfer			
- Befangenheit, § 319 HGB	88, 22		
- Verdacht d. Vermögensverfalls	89, 72, 122		
Wp-GmbH			
- Durchgriffshaftung d. Geschäftsführers	89, 145		
Zurückbehaltungsrecht			
- an Arbeitsergebnissen	89, 37		
- Beweislast	89, 189		
- an DATEV-Daten	89, 189		
- an Hauptabschlußübersicht und Umbuchungsliste	89, 37		
- Konkurs des Mandanten	89, 37		
Zustellung			
- an StB oder Mandanten	88, 22		
<hr/>			
BGH v. 19.3.1987 - IX ZR 166/86	89, 50		
	(LS)		
BGH v. 10.8.1987 - NotZ 4/87	89, 72		
= NJW 1988, 208			
BGH v. 13.1.1988 - IVa ZB 13/87	89, 166		
BGH v. 28.1.1988 - IX ZR 102/87	89, 33		
= WM 1988, 472			
BGH v. 3.2.1988 - IVa ZR 196/86	89, 34		
= StB 1988, 312			
BGH v. 11.7.1988 - II ZR 232/87	89, 3		
= BB 1988, 1992			
= NJW 1989, 293			
= WuB IV A § 276 BGB 1.88 Huff			
= ZIP 1988, 1581			
= WM 1988, 1535			
= Jub 1989, 324			
BGH v. 27.9.1988 - IX ZR 4/88	89, 36		
	(LS)		
= EWiR § 676 BGB 2/88, 11, 91 (Medicus)			
= ZIP 1988, 1464			
= WM 1988, 1685			
= NJW-RR 1989, 150			
BGH v. 28.9.1988 - IVa ZR 45/87	89, 99		
= VersR 1988, 1275 = WM 1988, 1636			
= WuB IV A § 6751, 89; Sturmhoebel			
BGH v. 18.10.1988 - XI ZR 12/88	89, 95		
= VersR 1989, 375			
BGH v. 20.10.1988 - VII ZR 219/87	89, 50		
= ZIP 1988, 1573			
= WM 1988, 1831			
= WuB I G 7 Immobilienanlagen 3.89 v. Heymann			
= NJW 1989, 894			
BGH v. 25.10.1988 - XI ZR 3/88	89, 37		
= WM 1988, 1755			
= ZIP 1988, 1474			
= BB 1988, 2428			
= EWiR § 67 BGB 1/89, 33 Keller			
= WuB IV A § 667 BGB 1.89 Sturmhoebel			
= DSiR 1989, 259			
BGH v. 10.11.1988 - IX ZR 31/88	89, 94		
= WM 1988, 1853			
BGH v. 13.12.1988 - IX ZR 26/88	89, 109		
= INF 1989, 166			
= StB 1989, 122			
BGH v. 15.12.1988 - IX ZR 33/88	89, 123		
BGH v. 20.12.1988 - IX ZR 88/88	89, 72		
= WM 1989, 450			
BGH v. 21.12.1988 - VIII ZR 84/88	89, 167		
BGH v. 21.12.1988 - VIII ZB 35/88	89, 169		
BGH v. 26.1.1989 - XI ZR 81/88	89, 79		
BGH v. 14.2.1989 - XI ZR 14/88	89, 73		
<hr/>			
BayOLG Beschl. v. 5.3.1987 - 3 Z 39/87	89, 202		
= AG 1988, 18			
BayOLG Beschl. v. 17.9.1987			
- BReg. 3 Z 76/87	89, 22		
= AG 1988, 18			

OLG Celle v. 12.10.1988 – 3 U 278/87	89, 39	BFH v. 21.5.1987 – IV R 124/83	89, 108
OLG Celle v. 19.4.1989 – 3 U 157/88	89, 203	= BFH NV 1988, 760	
OLG Celle v. 5.7.1989 – 3 U 229/88	89, 207	BFH v. 23.6.1987 – IV R 33/86	89, 109
OLG Celle v. 25.10.1989 3 U 301/88	89, 216	= BStBl. 1988, 979	
OLG Düsseldorf v. 26.5.1987 – 21 U 259/86	89, 42	BFH v. 29.7.1987 – I R 367, 379/83	89, 22
OLG Düsseldorf v. 27.9.1988 – 4 U 245/87	89, 51	= STEUER-TELEX 0824	
OLG Düsseldorf v. 28.11.1988 – 18 W 62/88	89, 44	= LEXinform 0081194	
OLG Düsseldorf v. 26.1.1989 – 18 U 190/88	89, 102	BFH v. 26.8.1987 – IR 141/86	89, 166
OLG Düsseldorf v. 16.2.1989 – 18 U 228/88 rkr.	89, 82	= STEUER-TELEX 0317	
OLG Düsseldorf v. 6.4.1989 – 18 U 215/88 rkr.	89, 111	= LEXinform 0081060	
OLG Frankfurt v. 2.2.1988 – 14 U 132/86	89, 34	BFH v. 26.8.1987 – I R 144/86	89, 22
= NJW 1988, 2807		= BStBl. 88 II, 109	
OLG Frankfurt v. 6.4.1988 – 19 U 137/86	89, 184	BFH v. 10.12.1987 – IV R 176/85	89, 202
= WM 1989, 1171		= STEUER-TELEX 1111	
OLG Hamburg v. 5.4.1989 – 5 U 44/86	89, 145	= LEXinform 0081293	
OLG Hamburg v. 12.4.1989 – 8 U 231/88, rkr.	89, 125	BFH v. 10.12.1987 – IV R 53/86	89, 108
OLG Hamm v. 22.6.1988 – 25 U 174/87	89, 194	= BFH NV 1988, 752	
OLG Hamm v. 7.10.1988 – 25 U 59/88 rkr.	89, 144	BFH v. 30.3.1988 – II R 48/87	89, 122
= NJW-RR 1989, 364 = StB 1989, 45		= BFH NV 1989, 215	
OLG Hamm v. 7.12.1988 – 25 U 34/88	89, 154	BFH v. 19.4.1988 – VII R 85/87	89, 122
OLG Hamm v. 28.4.1989 – 25 U 253/88	89, 185	= BFH NV 1989, 49	
OLG Karlsruhe v. 25.5.1988 – 6 U 232/87	89, 144	BFH v. 26.7.1988 – X R 45/87	89, 175
= AnwBl 1989, 244		= BFH NV 1989, 238	
OLG Karlsruhe v. 25.1.1989 – 1 U 1985/88	89, 172	BFH v. 30.8.1988 – VII R 149/85	89, 191
OLG Koblenz v. 9.5.1988 – 5 U 700/88	89, 187	= BFH NV 1989, 210	
OLG Köln v. 19.9.1988 – 8 U 13/88	89, 5	BFH v. 7.12.1988 – X R 80/87	89, 94
OLG Köln v. 20.9.1988 – 15 U 67/86	89, 62	= DStR 1989, 209	
OLG Köln v. 14.2.1989 – 9 U 36/88	89, 94	BFH v. 14.3.1989 – VII R 46/88	89, 184
OLG Köln v. 27.4.1989 – 5 U 175/88	89, 156	= STEUER-TELEX 2233	
OLG Oldenburg v. 4.11.1988 – 6 U 154/88	89, 23	BFH v. 17.3.1989 – III B 136/87	89, 176
OLG Schleswig v. 5.10.1988 – 2 W 120/87	89, 144		
= AnwBl 1989, 245		FG Baden-Württemberg v. 22.1.1988 –	89, 46
OLG Stuttgart v. 13.12.1988 – 12 U 30/88	89, 50 (LS)	IX K 237/84	
		= EFG 1988, 546	
LG Aachen v. 2.9.1987 – 4 O 167/87	89, 34	FG Rheinland-Pfalz v. 23.3.1987	89, 108
= StB 1988, 389		= EFG 1987, 449	
LG Arnsberg v. 6.1.1989 – 1 O 207/88	89, 90	FG München Vorbesch. v. 4.8.1989 –	89, 87
LG Augsburg v. 23.3.1989 – 3 HTK 215/85 rkr.	89, 184	VI 225/86 E, nicht rkr.	
= WM 1989, 1099			
= StB 89, 193		LAG Berlin v. 29.5.1989 – 9 Sa 17/89	89, 196
LG Bremen v. 11.10.1988 – 1 O 3478/86		+ 9 Sa 35/89	
und 1 O 1440/88	89, 133	= StB 1989, 304	
LG Darmstadt v. 8.1.1987 – 10 O 245/86	89, 2	LAG Köln Ur. v. 23.3.1989 – 7 Sa 1378/87	89, 72
LG Detmold v. 12.12.1987 – 1 O 268/87	89, 25	= StB 1989, 45	
LG Dortmund v. 17.12.1987 – 2 O 60/87	89, 2	LAG Niedersachsen v. 15.3.1988 – 2 Sa 1109/87	89, 184
LG Düsseldorf v. 19.7.1988 – 10 O 119/88	89, 116	= NWB 1988, 1903	
LG Heidelberg v. 21.9.1988 – 3 O 65/88	89, 14	OVG Rheinl.-Pfalz (Koblenz) v. 8.8.1988 – 6 A 2/88	89, 122
LG Hildesheim v. 10.3.1987 – 3 O 551/86, rkr.	89, 130	= RBeistand 1988, 223	
LG Hildesheim v. 21.4.1988 – 22 Qs 1/88	89, 2	VerwG München Ur. v. 8.11.1988 – M 16 K 88, 1266	89, 72
= wistra 1988, 327		= MittBl. WPK Nr. 133/89	
LG Kiel v. 24.10.1988 – 11 O 302/88	89, 30	Hess. VGH Ur. v. 19.7.1988 – 11 UE 1191/86	89, 144
LG Köln v. 25.6.1987 – 24 O 154/87	89, 2	= AnwBl 1988, 591	
LG Köln v. 16.2.1989 – 2 U 203/88	89, 89	Erlaß Nordrhein-Westfalen v. 7.1.1988	89, 22
LG Köln v. 16.2.1989 – 2 O 213/88	89, 218	= S 0202-4-VC	(LS)
LG München I v. 5.5.1987 – 10 O 15390/84	89, 2, 36		
LG München I v. 22.4.1988 – 19 Qs 3/88	89, 36 (LS)		
= wistra 1988, 326	89, 189		
LG München v. 10.5.1988 – 23 O 18 673/87	89, 202		
LG Münster v. 4.1.1989 – 7 O 526/88	89, 50		
LG Regensburg v. 27.5.1988 – 6 O 566/88	89, 35 (LS)		
= DStR 1988, 753			
LG Wuppertal v. 9.2.1988 – 5 O 352/87	89, 35		
AG Euskirchen v. 20.8.1987 – 4 C 227/87	89, 17		
BFH v. 4.6.1986 – VII E 01/86	89, 34		
= BFH NV 1988, 47			
BFH v. 26.11.1986 – IX R 64/86	89, 166		
= BFH NV 1988, 33			

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.